

*(25)
Besteuerung der Joint Venture

Im Dezember 1990 wurde der Entwurf eines neuen Gesetzes zur Besteuerung von Joint Ventures dem Nationalen Volkskongreß vorgelegt. Ministerpräsident Li Peng erklärte dazu, daß durch das neue Gesetz das Investitionsklima für ausländische Investoren weiter verbessert und bestehende Probleme gelöst werden sollen. Finanzminister Wang Bingqian begründete die Notwendigkeit eines neuen Gesetzes damit, daß seit der außenwirtschaftlichen Öffnung vor rd. zehn Jahren viele Veränderungen hinsichtlich des Umfangs und der Nutzung ausländischen Kapitals und ausländischer Technologie erfolgt seien. Die vom Nationalen Volkskongreß in den Jahren 1980 und 1981 verabschiedeten zwei Gesetze über die Besteuerung sino-ausländischer Joint Venture und über die Besteuerung ausländischer Unternehmen, sind im Entwurf des neuen Gesetzes zusammengefaßt. Das Nebeneinander der beiden Anfang der 80er Jahre erlassenen Gesetze war insbesondere deshalb ein Problem, weil der Anwendungsbereich der Gesetze nicht genau angegeben war und weil Unterschiede bei der Einräumung einer präferentiellen Besteuerung bestanden.

Wang Bingqian erklärte, daß der Entwurf des neuen Gesetzes weder eine zusätzliche Besteuerung beinhalte noch eine Reduzierung der präferentiellen Behandlung. Zusätzliche Bestimmungen im neuen Gesetz berücksichtigen die Erfahrungen der letzten Jahre sowie internationale Praxis. Beispielsweise soll im neuen Gesetz die proportionale Besteuerung die progressive Steuer ersetzen. Weiterhin ist vorgesehen, daß die Besteuerung der Gewinne zusammen mit dem lokalen Besteuerung 33% der steuerfähigen Gewinne der sino-ausländischen Joint Venture und der ausländischen Unternehmen ausmachen soll. Außerdem legt das Gesetz fest, daß keine Steuer erhoben wird, wenn der ausländische Joint Venture-Partner seinen Gewinnanteil ins Ausland transferiert. Darüber hinaus sind im Gesetzesentwurf konkrete Bestimmungen über Steuerreduzierung und über die Ausnahme von der Besteuerung enthalten. In der Übergangsperiode wird das Gesetz nur die neuen Joint Venture betreffen,

während die bereits bestehenden Joint Venture nach den früheren Gesetzen besteuert werden. (SWB, 22.12.90)

In den letzten Jahren verstärkte sich auch das Problem der eigenmächtigen Einräumung von Steuerpräferenzen für ausländische Investoren durch lokale Verwaltungseinheiten, die ihre Region für ausländische Unternehmen attraktiver machen wollten. Der Direktor der Staatlichen Steuerverwaltungsbehörde, Jin Xin, erklärte dazu in einem Interview im Dezember d.J., daß diese Steuerpräferenzen keine Gültigkeit hätten. (SWB, 17.12.90) -schü-

*(26)
Weiterer Anstieg der chinesischen Exporte

Auch im November erhöhten sich die chinesischen Exporte; im Vergleich zur Vorjahresperiode nahmen die Exporte um 20% zu und erreichten einen Wert von 5.79 Mrd.US\$. Insgesamt stiegen damit die Exporte von Januar bis November 1990 um 16,15% und beliefen sich 53.04 Mrd.US\$. (XNA, 13.12. u. 15.12.90)

Auch für das nächste Jahr plant das Ministerium für Außenhandel die Exporte zu steigern und dabei den Export in die chinesischen Nachbarländer zu erhöhen. Nicht nur Waren sollen in der Zukunft exportiert werden, sondern auch Dienstleistungen im Bausektor und anderen Bereichen.

Während China die Exporte weiter stark erhöhen konnte, nahmen die Importe im Oktober nur um 0,12% im Vergleich zur Vorjahresperiode zu und sanken in der Zeit von Januar bis November um insgesamt 12,21%. Nach Angaben eines Vertreters des Ministeriums für Außenhandel ist diese Entwicklung auf einen Nachfrage-Rückgang im Inland, aber auch auf die mit den Wirtschaftssanktionen verbundenen negativen Auswirkungen auf die Exportfinanzierung und Kreditvergabe zurückzuführen. Für 1991 ist ein höherer Import von insbesondere moderner Technologie geplant. (HB, 20.12.90) -schü-

Binnenwirtschaft

*(27)
Tagung der Nationalen Planungskonferenz

Auf der Nationalen Planungskonferenz, die vom 25.11. bis 1.12.90 in Beijing stattfand, wurden Richtlinien der wirtschaftlichen Entwicklung des kommenden Jahres und für den anstehenden achten Fünfjahresplan sowie für den Zehnjahresplan diskutiert. In einer Rede zum Abschluß der Konferenz erklärte Ministerpräsident Li Peng, daß auch im folgenden Jahr die Readjustierung der Wirtschaftsstruktur und die Verbesserung der wirtschaftlichen Effizienz im Mittelpunkt stehen wird, wobei ein angemessenes Wirtschaftswachstum erreicht werden soll. Nach Li Peng sind die Industrie- und Produktstrukturen, die Organisationsstrukturen der Unternehmen sowie die technologischen und regionalen Strukturen weiter zu verbessern. Als dringendste wirtschaftliche Probleme gekennzeichnete Li Peng: 1. ungleichgewichtige Entwicklung von Marktabsatz und industrieller Produktion, 2. zu langsame Fortschritt bei der strukturellen Anpassung [der Industriestruktur] und 3. weitverbreiteter Rückgang der wirtschaftlichen Effizienz, steigende Verluste und finanzielle Schwierigkeiten der Unternehmen.

Als wichtigste Leitlinien für den Fünfjahres- und Zehnjahresplan nennt Li Peng:

1. Die zweite Phase in der Verwirklichung des strategischen Ziels der sozialistischen Modernisierung [eine durchschnittliche jährliche Wachstumsrate von ca. 6%] soll erreicht werden. In der kommenden Dekade ist eine stabile und koordinierte Entwicklung anzustreben, wobei die volkswirtschaftliche Leistungsfähigkeit und Effizienz verbessert werden soll sowie Fortschritte im wissenschaftlich-technologischen Bereich zu machen sind.
2. Die Reform- und Öffnungspolitik wird weiter fortgesetzt. Plan- und Marktwirtschaft sollen entspre-

chend den Anforderungen einer geplanten Warenwirtschaft effektiv miteinander verbunden werden.

3. Der Bildung, Wissenschaft und Technik soll eine wichtige Rolle eingeräumt werden, ebenso der Entwicklung der Landwirtschaft, Energiewirtschaft, des Verkehrswesens und der Nachrichtentechnik, wichtiger Industrien für die Produktion von Roh- und Werkstoffen sowie dem Ausbau der Infrastruktur. Ziel ist die Schaffung einer soliden Grundlage für die wirtschaftliche Entwicklung der kommenden Dekaden.

Diese drei Leitlinien gelten nach Li Peng auch für die Planung im Jahre 1991. Hinsichtlich der Gesamtinvestitionen in Anlagevermögen im kommenden Jahr soll sowohl die Weiterentwicklung des Marktes und seine Belebung als auch die Durchführung einer gesamtwirtschaftlichen Kontrolle berücksichtigt werden.

Die Ausweitung des Investbaus muß den tatsächlichen Kapazitäten entsprechen. Die lokalen Einheiten dürfen ohne ausreichende finanzielle Mittel keine Investitionsprojekte durchführen bzw. diese ggfs. reduzieren und nicht die Banken zur Erhöhung der Kredite zwingen. Bei der Durchführung von wichtigen Bauprojekten soll der Weiterführung bestehender Projekte, die eine wichtige Funktion für die Gesamtwirtschaft haben und wirtschaftlich sind, Priorität eingeräumt werden.

Hinsichtlich der Entwicklung in der Landwirtschaft sehen die Leitlinien insbesondere vor, daß das Haushalts-Vertragssystem weiter fortgesetzt wird. Gleichzeitig sollen die Dienstleistungen für die Haushalte verstärkt und das duale Managementsystem [mit dem Haushalt einerseits und der kollektiven Wirtschaftsorganisation in den Dörfern und Gemeinden andererseits] verbessert und die Kollektivwirtschaft gestärkt werden. Zwar werden sowohl die Zentralregierung als auch die lokalen Regierungseinheiten die Investitionen in die Landwirtschaft erhöhen, doch sollen Bauern die wichtigste Funktion hierbei haben. Sie sollen ermutigt und angeleitet werden, ihre Investitionen zu erhöhen und auch ihren Arbeitseinsatz [insbesondere für Bewässerungsprojekte].

Für die Vertiefung der Unternehmensreformen und Erhöhung der Effizienz in den Unternehmen sehen die Leitlinien vor, daß das vertragliche Verantwortungssystem des Direktors beibehalten und weiter verbessert wird. Die Rechte der Unternehmen in bezug auf unabhängige Produktions- und Managemententscheidungen sollen geschützt werden; gleichzeitig ist die Führung der Parteiorganisation im Unternehmen in ideologischer und politischer Arbeit zu stärken. Weiterhin soll die Bildung von Unternehmensgruppen gefördert werden, insbesondere solche Unternehmensgruppen, die aufgrund ihrer engen Zusammenarbeit wirtschaftlicher arbeiten können. Die Reformen, die eine Trennung von Gewinn und Steuern vorsehen, sollen zunächst versuchsweise in ausgewählten Städten, Industriebranchen und Unternehmen weiter fortgeführt werden.

Im Hinblick auf das Preisniveau und die Preisreform erklärte Li Peng, daß im kommenden Jahr der Anstieg des Einzelhandelspreisindex streng kontrolliert werden muß. Aufgrund der Erfahrungen in den letzten Jahren sollen drei Prinzipien bei der Preisreform beachtet werden: 1. strikte Kontrolle des gesamten Preisniveaus, 2. Wahl des richtigen Zeitpunktes für eine Preiserhöhung und 3. die Entscheidung muß der wirtschaftlichen Entwicklung angepaßt sein. Die im Plan für das nächste Jahr vorgesehenen Preiserhöhungen müssen die Implementation des Planes berücksichtigen. Zwar ist die Preisreform ein wichtiger Teil der Wirtschaftsreform, doch da lokale Preiserhöhungen direkte Auswirkungen auf die Bevölkerung haben, sind sie streng zu kontrollieren. Der Erfolg einer Preisreform mißt sich darin, ob die soziale Stabilität und wirtschaftliche Entwicklung gefördert wird.

Um das Problem des Ungleichgewichts zwischen staatlichen Einnahmen und Ausgaben zu lösen, müssen neue Einnahmequellen erschlossen und die Ausgaben reduziert werden. Vor allem muß die Wirtschaft weiter entwickelt werden, um die Produktion und damit die Einnahmen zu erhöhen. Der Nationale Volkskongreß hat bereits in diesem Zusammenhang beschlossen, die Umsatzsteuer im Einzelhandel im nächsten Jahr zu erhöhen. Die Einzel- und Privatwirtschaft hat eine wichtige Funktion als Ergänzung der Gemeinwirtschaft, so daß die Politik gegen-

über diesem Bereich nicht verändert werden soll; allerdings soll gegenüber der Einzel- und Privatwirtschaft eine stärkere Kontrolle ausgeübt werden.

Hinsichtlich der monetären Situation erklärte Li Peng u.a., daß die Banken im Rahmen der Vorgaben der Zentralregierung in den letzten zwei Jahre ihre Kreditvergabe einschränken mußten. In diesem Jahr wurde die Kreditkontrolle gelockert und die Banken haben mehr Kredit ausgeben können.

Im außenwirtschaftlichen Bereich soll auch im folgenden Jahr der Export erhöht und dabei die Produktstruktur und die Qualität der Exportprodukte verbessert werden. Die im Exportbereich arbeitenden Unternehmen sollen schrittweise dahin entwickelt werden, daß sie für ihre Gewinne und Verluste selbst verantwortlich sind. Die Strategie der wirtschaftlichen Entwicklung der Küstenregionen ist fortzuführen und dabei eine exportorientierte Wirtschaft aufzubauen. (SWB, 4.12.90; BRU, 52/1990)

Die Erklärung Li Pengs auf der Nationalen Planungskonferenz beinhaltet keine konkreten Vorschläge über die Ausweitung der Wirtschaftsreform im Hinblick auf mehr marktliche Mechanismen oder auf die Lösung der dringend notwendigen Probleme wie Unternehmens- und Steuerreform oder Interessenausgleich zwischen Zentrale und Regionen. Zumindest im Jahre 1991 wird die weitere Anpassung der Wirtschaftsstrukturen Priorität vor weiteren Reformen haben. Insgesamt spiegelt die Stellungnahme Li Pengs wieder einen Kompromiß zwischen Vertretern eines reformorientierten Wirtschaftsmodells und denjenigen wider, die zwar einige Marktelemente zulassen, aber die staatliche Kontrolle über die gesamtwirtschaftliche Entwicklung nach dem Vogelkäfig-Modell von Chen Yun nicht verlieren wollen. -schü-

*(28)

Anstieg der Inflation

Im November stieg die Inflationsrate um 5,3% im Vergleich zur Vorjahresperiode bzw. um 1,7% gegenüber dem Vormonat. Der Anstieg der Inflationsrate wird nach offiziellen Angaben insbesondere auf die Erhöhung der Preise für Güter und Dienstleistungen zu-

rückgeführt. Untersuchungen des Staatlichen Statistikamtes zufolge, stiegen die Preise für Energie um 49,9% und für Dienstleistungen um 17,9% in den 35 größten Städten gegenüber dem Vergleichsmonat 1989. (CD, 18.12.90) Im November soll außerdem der Zukerpreis um 25% und der Preis für Baumwollstoff um 45% erhöht worden sein. (AWSJ, 28.12.90) Darüberhinaus wurde die Inflationsgefahr durch die schnelle Ausweitung der Geldmenge in den letzten Monaten verstärkt. Um das geplante Wachstumsziel von 6% für die industrielle Produktion im Jahr 1990 zu erreichen, erhielten die Industriebetriebe von Januar bis November Kredite in Höhe von 248,6 Mrd. Yuan (47,8 Mrd. US\$), das sind 102,4 Mrd. Yuan (19,7 Mrd. US\$) mehr als im Vorjahr. Durch die insbesondere ab März verstärkten Kredite an Unternehmen mit niedrigen oder negativen Wachstumsraten konnte der industrielle Output erhöht werden. Während bis zum dritten Quartal 1990 die Industrieproduktion nur um 5% zunahm, stieg sie im Oktober um 12,7% und im November um 15% im Vergleich zu den entsprechenden Vorjahresperioden. (CD, 18.12. u. 27.12.90)

Chinesische Ökonomen warnen davor, daß die Ausweitung der Kredite an unrentable Industriebetriebe zu einem Anstieg der Inflation im folgenden Jahr könnte. So sei die Wachstumsrate im November überwiegend mit Hilfe der massiven Kreditvergabe an die Industrie erreicht worden, während es an Anreizen zur Effizienzsteigerung gemangelt habe. Unter dem Druck der Planerfüllung hätten die Verantwortlichen in manchen Gegenden außerdem alle zur Verfügung stehenden Mittel eingesetzt, so daß eine administrative Einmischung weitverbreitet war. (CD, 27.12.1990)

Während die Produktivität in den staatlichen Unternehmen lediglich um 0,5% im November stieg, erhöhten sich die Löhne der Beschäftigten in der Industrie um 15,3%. Um an der Lohnsteigerung teilnehmen zu können, nutzten die mit Verlust arbeiteten Unternehmen hierfür die ihnen zugeteilten Kredite. (CD, 27.12. u. 28.12.90) -schü-

*(29)

Beschäftigungssituation in den ländlichen Gebieten und ländliche Industrie

Nach Chen Yaobang, stellvertretender Landwirtschaftsminister, wirke sich die zunehmende Zahl der überschüssigen Arbeitskräfte in den ländlichen Gebie-

ten nicht als destabilisierender Faktor aus. Zwar würden von den insgesamt über 400 Mio. ländlichen Arbeitskräften nur rd. 200 Mio. aufgrund der relativ geringen Gesamtanbaufläche und der bestehenden landwirtschaftlichen Produktivität im Feldbau erforderlich sein, doch hätten von den verbleibenden 200 Mio. Arbeitskräften bereits 93 Mio. eine Beschäftigung in der ländlichen Industrie gefunden. Die restlichen rd. 100 Mio. Arbeitskräfte seien außerdem nur in dem Sinne überschüssig, als daß sie lediglich zeitweise nicht beschäftigt seien und sonst in der Landwirtschaft mitarbeiteten. Um diesen Arbeitskräften eine Beschäftigung zu bieten, würde die Regierung nunmehr verstärkt ländliche Infrastrukturprojekte durchführen und gleichzeitig die Entwicklung der ländlichen Industrie fördern.

Hinsichtlich der Beschäftigungssituation in der ländlichen Industrie erklärte Chen, daß im Jahre 1989 über 400.000 Industriebetriebe [nach *The New China News*, 23.11.90, waren es 800.000] schließen mußten und 2,5 Mio. Arbeitskräfte dadurch ihren Arbeitsplatz verloren; über 1 Mio. dieser Arbeitskräfte waren vordem im Bausektor beschäftigt gewesen. Die meisten der Arbeitskräfte, die entlassen werden mußten, sollen wieder im Anbaubereich tätig sein, während andere im Transport- oder Dienstleistungsbereich eine Beschäftigung gefunden hätten. (XNA, 20.12.1990)

Daß die Regierung der ländlichen Beschäftigungssituation und der ländlichen Industrie wieder mehr Aufmerksamkeit schenkt, scheint entgegen den Aussagen von Chen Yaobang darauf hinzuweisen, daß die mit steigender Arbeitslosigkeit verbundene soziale Instabilität gefürchtet wird. Dies wird auch vor dem Hintergrund der Zielsetzung der Regierung verständlich, die Arbeitslosigkeit in den Städten im Verlauf des anstehenden Fünfjahresplanes auf 3,5% beziehungsweise rd. 5 Mio. Arbeitskräfte zu beschränken. Im Zeitraum 1991-95 wird damit gerechnet, daß in den Städten rd. 36 Mio. Personen eine Beschäftigung suchen, während nur ca. 30 Mio. Arbeitsplätze zur Verfügung stehen werden. Sollten die verbleibenden 6 Mio. Personen keine Beschäftigung finden, würde die Arbeitslosenquote auf 4,6% steigen. Um die städtische Arbeitslosigkeit nicht durch den Zustrom überschüssiger Arbeitskräfte aus den ländlichen Gebieten zu erhöhen, kündigte Arbeits-

minister Ruan Chongwu eine strenge Kontrolle der Land-Stadt-Migration an. Die überschüssigen Arbeitskräfte sollten lokal absorbiert werden durch ihren stärkeren Einsatz bei der Erschließung von Anbauflächen und anderen Investbauprojekten, wie Wasserkonservierung und Straßenbau, sowie in der Forstwirtschaft, in der Viehzucht, Fischerei, Nebengewerbeproduktion und ländlichen Industrie. (CD, 11.12.90; SWB, 17.12.90) Von einer stärkeren Kontrolle wird insbesondere die auf 50 - 80 Mio. Personen geschätzte ländliche Wanderbevölkerung betroffen werden, die sich als Saison- und Vertragsarbeiter in die Städte niedergelassen hat. (EIU Country Report No.3, 1990, S.25)

Nachdem sich in den letzten zwei Jahren die ländlichen Industriebetriebe stärkeren administrativen Bestimmungen hinsichtlich der Anpassung ihrer Produktstruktur und der Zuteilung von Finanzmitteln und Rohstoffen gegenübergesehen hatten, wird nunmehr der Förderung der ländlichen Industrie wieder Priorität eingeräumt. Einerseits ist diese Entscheidung vor dem Hintergrund der notwendigen Absorbierung überschüssiger Arbeitskräfte in den ländlichen Gebieten zu verstehen, andererseits jedoch auch mit der zunehmenden Bedeutung der ländlichen Industrie für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung zu begründen.

In diesem Jahr wird mit einer Steigerung des Bruttoproduktionswertes der ländlichen Industrie um 200 Mrd. Yuan auf ca. 950 Mrd. Yuan gerechnet. Damit erhöht sich der Anteil der ländlichen Industrie auf 58% des gesamten Outputwertes der ländlichen Wirtschaft (nongcun shehui zong chanzhi). (XNA, 17.11.90) Weiterhin wird mit einer nochmaligen Erhöhung der Exporteinnahmen der ländlichen Industrie auf rd. 12,5 Mrd. US\$ gerechnet, die dann einen Anteil von 25% an den gesamten Exporteinnahmen ausmachen werden. Die verstärkte Produktion der ländlichen Betriebe für den Export wird darauf zurückgeführt, daß sich viele ländliche Industriebetriebe [insbesondere in den Küstenprovinzen] aufgrund der stärkeren Restriktionen hinsichtlich verfügbarer Investitionsmittel, Energie und Rohstoffen, zunehmend dem ausländischen Markt zugewandt haben. (XNA, 7.12.90)

Die erneute Förderung der ländlichen Industrie spiegelt sich bereits in der Wiederaufnahme der Kreditvergabe wider. So erhielten die ländlichen In-

dustriebetriebe insgesamt 97,6 Mrd. Yuan als Kredite von der Landwirtschaftsbank und den Kreditgenossenschaften, das sind 15 Mrd. Yuan mehr als im Vorjahr. (XNA, 8.11.90) -schü-

*(30)

Erhöhung der Produktqualität gefordert

Anfang Dezember rief der Staatsrat dazu auf, die Entwicklung der Industrie im Jahre 1991 unter das Motto "Verbesserung der Produktqualität, Erhöhung der Produktvielfalt und Ertragssteigerung" zu stellen. Diese Forderung ist vor dem Hintergrund der weiter zunehmenden Lagerbestände verständlich, die von Januar bis November 1990 um 28,8% gegenüber dem Vorjahr auf 118,2 Mrd. Yuan (22,7 US\$) gestiegen sind. (CD, 27.12.1990) Nach Xu Zhijian, Mitglied des Staatsrates, konnten bisher nur geringe Erfolge bei der Qualitätsverbesserung erzielt werden. So hätten Stichprobenuntersuchungen im Jahre 1985 ergeben, daß nur 75% der Produkte die Qualitätsnormen erreichten und daß sich diese Situation auch im Jahre 1989 nicht verbessert hätte. Die ökonomischen Kosten, die mit Produkten minderwertiger Qualität verbunden seien, gibt Xu mit jährlich 200 Mrd. Yuan an. (CD, 7.12.90)

In einem Artikel in *Quishi* beziffert Bo Yibo, Parteiveteran und stellvertretender Vorsitzender der Zentralen Beraterkommission, die mit niedriger Produktqualität verbundenen gesamtwirtschaftlichen Kosten auf mindestens 100 Mrd. Yuan pro Jahr. Nach Bo sank die Produktqualität der wichtigsten Unternehmen im ersten Halbjahr 1990 sogar um 6,3%. Obwohl beispielsweise das allgemeine Niveau der Produktqualität in Shanghai im Vergleich zu den übrigen Unternehmen relativ hoch sei, ging auch hier die Produktqualität in den letzten sechs Monaten zurück. Für Bo Yibo ist die Erhöhung der Produktqualität notwendig für die Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung im Verlauf des Modernisierungsprozesses und Voraussetzung für die Wettbewerbsfähigkeit chinesischer Produkte auf dem Weltmarkt. Im Vergleich zu Produkten der Industrieländer seien die meisten chinesischen Produkte von geringer Qualität und geringem Wert, auch hinsichtlich der dafür eingetauschten Devisen. Aller-

dings könne das Problem der Wettbewerbsfähigkeit chinesischer Produkte nicht auf technische Aspekte reduziert werden. Aufgrund von Lieferverzögerungen und fehlendem Kundendienst, erreichten vergleichbare Produkte aus anderen Ländern höhere Verkaufszahlen und Preise. (SWB, 21.12.90)

Zur Umsetzung des Ziels der "Verbesserung der Produktqualität, Erhöhung der Produktvielfalt und Ertragssteigerung" fordert der Staatsrat in seinem Rundschreiben die Durchführung von Aktivitäten, die im folgenden zusammengefaßt genannt werden: (SWB, 5.12.90)

1. Verbesserung des Unternehmensmanagements und des Managementniveaus. Mißstände in den Unternehmen sollen beseitigt und das Management hinsichtlich Qualität, fixer Quoten, Kosten, Finanzen, Materialien, Produktionstechnologie und -bestimmungen sowie das Management der Arbeitskräfte und die Entwicklung des Marktes verstärkt werden. Im Verlauf der außenwirtschaftlichen Öffnung sollen nicht nur Kapital, Technologie und Arbeitskräfte, sondern auch moderne und auf wissenschaftlichen Erkenntnissen basierende Managementverfahren importiert werden.
2. Verstärkung der technologischen Transformation. Eine Anzahl wissenschaftlich und technologisch reifer Errungenschaften, insbesondere solche, die sich als energiesparend bewährt haben, sollen ausgewählt und durch entsprechende Förderung verbreitet werden. Die im nächsten Jahr für die technologische Transformation zuteilten Mittel sollen nur für die Verbesserung der Produktqualität, Erhöhung der Produktvielfalt, Reduzierung des Materialeinsatzes und Förderung der Produkterneuerung eingesetzt werden, nicht jedoch für die Ausweitung der Produktion.
3. Entwicklungsmöglichkeiten voll entfalten, Verluste wettmachen und Überschüsse erhöhen. Maßnahmen sollen getroffen werden, um Übergriffe auf staatliche Einnahmen und Finanzmittel zu unterbinden und die Erhebung aller festgelegten Steuern und Gewinne sicherzustellen. Hierfür muß das Finanzmana-

gement der Unternehmen verbessert werden, damit die Finanzmittel in Übereinstimmung mit den staatlichen Bestimmungen zugeteilt und genutzt werden können. Die den Unternehmen zugewiesenen Finanzmittel dürfen nur für die technologische Erneuerung eingesetzt werden. Strenge Maßnahmen sind gegen solche Unternehmen einzuleiten, die vortäuschen, daß sich ihre Gewinne erhöht haben, in dem sie die Finanzmittel nur teilweise oder gar nicht [für die technologische Erneuerung] nutzen, um die Mittel dann zur Erhöhung der individuellen Bonuszahlungen einzusetzen. Im Bausektor müssen wirksame Maßnahmen durchgeführt werden, um Probleme zu lösen, die dadurch entstehen, daß höhere Finanzmittel für Bauprojekte verlangt werden, als ursprünglich bewilligt waren und daß die Projektdauer verlängert wird. Auch die Mittelverschwendung und die Vernachlässigung von Produktionskosten muß unterbunden werden.

Die im Rundschreiben des Staatsrates enthaltenen Forderungen spiegeln deutlich die derzeitigen Probleme der chinesischen Industrie wider. Die Erhöhung der Produktqualität und -vielfalt und Steigerung der Unternehmensgewinne wird jedoch auch davon abhängig sein, inwieweit ein Preissystem durchgesetzt wird, daß tatsächliche Knappheiten widerspiegelt und damit den Unternehmen die richtigen Handlungsanreize bietet. -schü-

*(31)

Leitlinien zur Entwicklung der Landwirtschaft 1991

Das am 1. Dezember 1990 gemeinsam vom Staatsrat und dem ZK der KPCh veröffentlichte Rundschreiben zur Arbeit in den ländlichen Gebieten im Jahre 1991 umfaßt die wichtigsten Leitlinien zur Entwicklung der Landwirtschaft im kommenden Jahr. Im folgenden werden die wichtigsten Vorgaben zur ländlichen Entwicklung dargestellt und kommentiert: (Wen Hui Bao, 5.12.90, SWB, 8.12.90)

Einschätzung der aktuellen Situation: Die landwirtschaftliche Produktion im Jahre 1990 entwickelte sich mit einer Rekord-Getreideernte und einer Steigerung des Outputs an zucker- und öl-

haltigen Pflanzen um rd. 10% gegenüber dem Vorjahr sowie mit einer Erhöhung der Baumwollproduktion sehr positiv. Auch in den Bereichen Forstwirtschaft, Viehzucht, Nebengewerbe-Produktion und Fischerei wurden Erfolge erzielt, die auf die Implementation der Parteirichtlinien zur ländlichen Politik und auf die relativ gute Wetterbedingungen zurückzuführen sind. Allerdings ist die materielle und technologische Basis der Landwirtschaft weiter sehr schwach und die Widerstandsfähigkeit gegenüber Naturkatastrophen nur gering. Während die kultivierbaren Anbauflächen zurückgehen, wächst die Bevölkerung weiter, und für einen Teil der Bauern ist das Problem der Ernährung und Kleidung immer noch nicht gelöst.

Leitlinien zur ländlichen Entwicklung 1991:

Um auch im folgenden Jahr ein stabiles Wachstum der ländlichen Wirtschaft zu garantieren und die Situation auf dem Lande zu verbessern, sind folgende Leitlinien zu beachten:

1. Stabilisierung des Haushalts-Vertragssystems und Errichtung bzw. Verbesserung des Dienstleistungssystems für die landwirtschaftliche Produktion.

Das Haushalts-Vertragssystem, das ein zweistufiges Management umfaßt [Haushalt, der auf der unteren Ebene über den Einsatz seiner Arbeitskräfte und anderer Produktionsmittel entscheidet und die Organisation auf Dorfebene, die Planvorgaben und landwirtschaftliche Inputs an den Haushalt weiterleitet], soll auf lange Zeit weiter fortgesetzt werden. Das System der Landnutzungsverträge ist zu stabilisieren und zu verbessern, wobei verstreut liegende Anbauflächen zur besseren Nutzung angemessen zusammengefaßt werden können; notwendige Anpassungen in der Landverteilung aufgrund von Investbauprojekten und Bevölkerungsveränderungen müssen streng kontrolliert werden. Das System des large-scale-Management [siehe hierzu Ca, 1990, S.784-787] kann in den dafür geeigneten Gebieten eingeführt werden, jedoch müssen die Bauern dieser Veränderung zustimmen, und es darf auch nicht ohne Berücksichtigung der lokalen Bedingungen durchgesetzt werden.

Die Verpflichtung der Bauern zur Ablieferung von Getreide sowie die Zahlung von Steuern und kollektiven Abgaben muß an die vertraglichen Nutzungsrechte gebunden und die verschiedenen Dienstleistungen für die Bauern im Vertrag festgehalten werden.

Die Parteikomitees und Regierungen stellen aller Ebenen, insbesondere in den Kreisen und Gemeinden, sollen ein Dienstleistungssystem für die landwirtschaftliche Produktion der Bauern entwickeln und stärken und vor allem die von den Bauern dringend benötigten Dienstleistungen [Lieferung landwirtschaftlicher Inputs, Kapital, Technologie, Information, Vermarktung etc.] sicherstellen.

Dörfer, die für den Aufbau einer kollektiven Wirtschaft zu schwach sind, sollen unterstützt werden beim Management der kollektiven Anbauflächen und des kollektiven Eigentums sowie beim Einhalten der kollektiven Abgaben, Diversifizierung der Produktion und Aufbau ländlicher Industriebetriebe. Die Entwicklung der ländlichen Industriebetriebe soll unterstützt werden; sie sollen Anleitungen für eine solide Entwicklung erhalten. Das Prinzip des Nebeneinanders unterschiedlicher Eigentumsformen ist beizubehalten, wobei die kollektive Wirtschaft die dominante Kraft sein soll.

2. Infrastrukturprojekte zur Wasserkonservierung entschlossen fortführen. Alle Gebiete sollen in Übereinstimmung mit den Richtlinien der Nationalen Konferenz zur Durchführung der Wasserkonservierungsprojekte die Bauern in diesem Winter und im nächsten Frühjahr organisieren und in diesen Projekten einsetzen. Der Schwerpunkt soll hierbei auf die Erneuerung der alten und vernachlässigten Bewässerungsanlagen gelegt werden. Die Durchführung der Projekte muß auf dem Prinzip des Vertrauens auf die eigenen Kräfte und dem Rückgriff auf staatliche Unterstützung als sekundärer Faktor basieren. Projekte in kleinerem Maßstab sind durch die Kollektivwirtschaft und durch die Bauern, insbesondere durch den Arbeitseinsatz der Bauern, zu realisieren, während staatliche Investitionen für größere Projekte wie Flußregulierung und Wasserkonservierungsprojekte eingesetzt werden.

3. Ernsthaft die umfassende landwirtschaftliche Entwicklung durchführen. Priorität soll der Verbesserung der Fruchtbarkeit von Anbauflächen mit mittleren und niedrigen Ernteerträgen gegeben und Maßnahmen zum Schutz der Nutzungsflächen und landwirtschaftlichen Ressourcen ergriffen werden. Zu den Richtlinien für eine umfassende landwirtschaftliche Entwicklung zählen: Die landwirtschaftliche Produktion, Forstwirtschaft, Viehzucht, und Fischerei soll verstärkt entwickelt und dabei die Erhöhung der Erträge von Getreide, Baumwolle, Speiseöl und Fleisch in den Mittelpunkt gestellt werden. Zur Erschließung der unbewaldeten Berge, Wassergebiete und anderer Ressourcen können Verträge über Entwicklung, Verwaltung und über technische Dienstleistungen mit Bauern, wissenschaftlichen und technischen Fachkräften abgeschlossen werden, um deren Interesse und Beteiligung an der Erschließung neuer Ressourcen anzuregen.

Auf allen zuständigen Ebenen sollen die Investitionen in die landwirtschaftliche Produktion und in die umfassende landwirtschaftliche Entwicklung erhöht werden. Die lokalen Verwaltungseinheiten müssen das Angebot landwirtschaftlicher Inputs vergrößern und die Preise dafür im wesentlichen stabil halten.

4. Probleme beim Verkauf landwirtschaftlicher Produkte lösen. Durch Ausweitung des Aufkaufs und der Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte sollen die Probleme der Bauern beim Verkauf ihrer Produkte gelöst und ein Anreiz zu weiteren Produktionssteigerungen gesetzt werden.

Die Abnahme des gesamten Überschußgetreides der Bauern wird zu einem Preis garantiert, der die Einkommen der Bauern schützt. Neben dem Ausbau des staatlichen Handels und der Angebots- und Marketinggenossenschaften, als Schwerpunkt des ländlichen Handels, können individuelle Händler mit allen Gütern handeln, die auf dem Markt angeboten werden dürfen [z.B. schließt dies den Handel mit Baumwolle aus].

Die für den Aufkauf landwirtschaftlicher Produkte verantwortlichen Stellen müssen den Kauf und die

Bezahlung rechtzeitig durchführen und mit Bargeld zahlen, anstatt Berechtigungsscheine auszugeben. Damit die Verteilung der landwirtschaftlichen Produkte ungehindert durchgeführt werden und die Entwicklung eines Gesamtmarktes erfolgen kann, sind alle unnötigen Kontrollstellen [zwischen den Provinzen und Regionen] zu entfernen. Es dürfen weder unberechtigte Geldstrafen und Gebühren erhoben, noch regionale Marktbarrieren aufgebaut oder Märkte aufgeteilt werden.

5. Schulung in sozialistischer Ideologie in Gang setzen. Seit dem letzten Winter haben einige Gebiete Schulungen in sozialistischer Ideologie, insbesondere in Verbindung zu den ländlichen Reformen und dem wirtschaftlichen Aufbau, in Gang gesetzt und dabei befriedigende Erfolge erzielt. Alle Gebiete müssen Schulungen in sozialistischer Ideologie als einen wesentlichen Bestandteil betrachten und diese Bewegung schrittweise über einen Zeitraum von zwei bis drei Jahren durchführen und damit in diesem Winter beginnen. Die Schulung in sozialistischer Ideologie in den ländlichen Gebieten umfaßt in erster Linie die Verbreitung der Parteigrundsätze, Patriotismus, Kollektivismus und Sozialismus. Der Schwerpunkt soll auf der Erziehung der Parteimitglieder liegen, die insbesondere die Aufgabe haben, den Massen den sozialistischen Charakter des Haushalts-Vertragssystems zu vermitteln und die Prinzipien des Vertrauens auf die eigenen Kräfte und der Erreichung des Wohlstands durch harte Arbeit.

6. Verbesserung der Basisorganisation in den ländlichen Gebieten. Da die Durchführung der Aufgaben in den ländlichen Gebieten von den Basisorganisationen abhängt, müssen diese auf Gemeinde und Dorfebene gestärkt werden, wobei insbesondere dem Aufbau der Dorforganisationen Aufmerksamkeit zu schenken ist. So soll die zentrale Rolle des Parteikomitees des Dorfes betont und die Organisation des Dorfkomitees und der kooperativen Wirtschaftsorganisationen des Dorfes verbessert werden. In diesem Winter und im folgenden Frühjahr sind folgende Aufgaben durchzuführen:

1. Stärkung der Organisationsaktivitäten der Partei und Verbesserung der Schulung der Parteimitglieder. Die Parteikomitees auf Dorfebene, die hinter anderen zurückliegen, sollen aktiv von den Kreis- und Gemeindegemeinschaften unterstützt werden und ggfs. geeignete Parteimitglieder in die Parteiorganisation der Dörfer entsenden.

2. Die Organisation der Dorfkomitees und der Dorfbewohnergruppen ist zu verbessern und hierbei der Schwerpunkt auf die Einhaltung der administrativen Vorgaben der Gemeindegemeinschaften zu legen.

3. Das System der Dorfverwaltung und der kooperativen Organisationen auf Gemeindeebene muß verbessert und schrittweise ein Verwaltungssystem für die Landwirtschaftsverträge, Betriebe, Finanzen und den kollektiven Akkumulationsfonds der kooperativen Wirtschaftsorganisationen aufgebaut werden.

Insgesamt spiegelt das Rundschreiben zur Arbeit in den ländlichen Gebieten im folgenden Jahr die Absicht der Partei wider, eine stärkere Kontrolle über die ländliche Entwicklung durchzuführen. Zwar soll das Haushalts-Vertragssystem beibehalten, doch gleichzeitig auch die kollektive Wirtschaft gestärkt werden. Da der Regierung die nötigen finanziellen Mittel zum Ausbau der Infrastruktur fehlen, sollen die Bauern ihren Anteil an den Investitionen, durch höhere kollektive Abgaben und insbesondere durch einen erhöhten Arbeitseinsatz in den Bewässerungsprojekten, steigern. Die notwendige Überzeugungsarbeit werden die Parteiorganisationen in den Dörfern leisten müssen, deren Position verstärkt werden soll. -schü-

*(32)

Probleme der Wasserversorgung

Ein Artikel in der RMRB vom 18.12.90 spiegelt einige der wichtigsten Probleme bei der Wasserversorgung wider. Zwar verfügt China über große Wasserressourcen und nimmt im Vergleich zu anderen Ländern den 6. Platz hinsichtlich der gesamten Wassermenge der Flüsse ein, doch bei der Trinkwasserversorgung pro Kopf liegt China lediglich an 88. Stelle. Ein weiteres Problem ist die sehr unterschiedliche Verteilung der Wasserressourcen. Insgesamt sind krisenhafte Erscheinungen

bei der Wasserversorgung heute schon ein ernstes Problem in vielen Gebieten.

In der Provinz Hebei führt die Wasserknappheit in den trockenen Monaten beispielsweise dazu, daß die auf die Versorgung mit Wasser angewiesenen Unternehmen Verluste machen. So trocken in einem Unternehmen in Shijiazhuang [Stadt in der Provinz Hebei] während des Sommers sechs der zehn maschinell betriebenen Brunnen aus. Die insgesamt daraus entstehenden Verluste belaufen sich auf über 1 Mio. Yuan, da über 200 weitere Unternehmen in der Provinz von Lieferungen des Unternehmens in Shijiazhuang abhängen. Ähnliche Probleme werden aus der Stadt Benxi [Provinz Liaoning] berichtet, in der drei Tage und Nächte die Wasserversorgung ausfiel und aus der Stadt Jinzhou. In der Stadt Yantai [Provinz Shandong] mußten allein 40 Betriebe aufgrund von Wassermangel völlig oder teilweise ihre Produktion einschränken.

Der Wassermangel beeinträchtigt die Lebensqualität vieler Einwohner in den nördlichen Gebieten Chinas. Im letzten Jahr sind beispielsweise im Einzugsgebiet der Stadt Dalian [Provinz Liaoning] über 200 Flüsse [?] ausgetrocknet, neun der 13 Wasserreservoirs sowie mehr als 2.000 Brunnen versiegt. Eine vergleichbare Situation besteht im Einzugsbereich der Stadt Xian [Provinz Shaanxi]. Obwohl die Verwaltung der Stadt Beijing die Einwohner wiederholt zum sparsamen Wassergebrauch aufgefordert hat, besteht in der Hochsaison hier ein täglicher Wassermangel von rd. 100.000 t. Als Folge der Wasserknappheit können die Bewohner der Hochhäuser nur während der Nachtstunden ihren Wasserbedarf befriedigen.

Das Problem des Wassermangels ist jedoch auch in einigen Gebieten Südkinas zu finden. So litt die Stadt Zhenjiang am südlichen Flußufer des Changjiang [Yangse] in der Provinz Jiangsu in den 70er und 80er Jahren vier Mal unter schwerem Wassermangel. Auch die Stadt Changsha [Provinz Hunan] sah sich mit Problemen der Wasserversorgung konfrontiert, und selbst die Provinzen Hubei und Yunnan haben mit Wassermangel zu kämpfen.

Statistiken über die nationale Wasserversorgung kommen zu dem Ergebnis, daß in den Städten pro Tag eine Was-

sermenge von über 20 Mio.t fehlt und daß mehr als 200 Städte unter Wassermangel leiden; von diesen Städten sind 40 von akuter Wasserarmut betroffen. Der aus dem Wassermangel resultierende wirtschaftliche Verlust wird mit 20 Mrd.Yuan beziffert. Im Jahre 1989 wird der wirtschaftlicher Schaden in insgesamt 94 Städten in den Provinzen Shandong, Liaoning, Jiangsu, Heilongjiang und Shaanxi, die unter Wassermangel litten, mit 12,7 Mrd. Yuan angegeben. Insgesamt haben in den ländlichen Gebieten über 50 Mio. Personen und über 30 Mio. Stück Vieh nicht genügend Wasser, und die Getreideernte reduziert sich aus diesem Grund um über 10 Mrd.kg pro Jahr.

Der Grund für die Zunahme der Probleme in der Wasserversorgung liegt insbesondere im Umgang der Menschen mit dieser knappen Ressource, obgleich auch zusätzliche natürliche Restriktionen bestehen. So hat in den letzten Jahren die Wasserverschmutzung durch die Industrie und die privaten Haushalte zugenommen und beträgt inzwischen pro Jahr durchschnittlich über 30 Mrd. t, von denen über 80% ungereinigt in die Flüsse eingeleitet werden. Als Folge dieser Entwicklung sind heute bereits über 80% der Flüsse und Seen sowie über 90% der städtischen Wasserressourcen mehr oder weniger verunreinigt. Der durch die Verschmutzung entstehende Schaden beläuft sich jährlich auf über 30 Mrd.Yuan. Weiterhin ist eine allgemeine Wasserverschwendung sowohl der privaten Haushalte in den Städten, als auch der Unternehmen und der Bauern zu beobachten, die den Wert des Wassers nur gering einschätzen. -schü-

Taiwan

*(33)

Bärenienst des Geheimdienstes in der Sun Liren- und der Jiang Nan-Affäre

Zwei große Skandale des staatlichen Geheimdienstes, die in der Vergangenheit dem Ansehen der Guomindang (Kuomintang)-Regierung unter Jiang Jieshi (Chiang Kai-shek, 1887-1975) und Jiang Jingguo (Chiang

Ching-kuo, 1910-1988) sehr geschadet hatten, wurden vor kurzem noch mehr ans Licht gebracht. Im November wurde bekannt, daß die Regierung an die Witwe eines 1984 vom taiwanesischen Geheimdienst ermordeten US-Chinesen, Jiang Nan, 1,45 Mio.US\$ Schmerzensgeld gezahlt hat. Wie berichtet (C.a. Oktober 1984, Ü 34, S.577; Dezember 1984, Ü 57, S.720; Januar 1985, Ü 53, S.20 f; Juni 1985, Ü 47, S.361 f.) wurde Jiang Nan, Pseudonym von Liu Yiliang (Henry Liu), der 1967 von Taiwan in die USA ausgewandert war und die US-Staatsangehörigkeit erworben hatte, am 15.Oktober 1984 in der Garage seines Hauses in Daly City bei San Francisco erschossen. Aufgrund seiner in zahlreichen chinesischsprachigen Zeitungen von Hongkong und den USA veröffentlichten kritischen Artikel über die Guomindang-Regierung in Taiwan und vor allem aufgrund seines Buches "Biographie von Jiang Jingguo" gab es schon von Anfang an den Verdacht eines politischen Mordes. Die Regierung in Taipei dementierte zunächst strikt jegliche Verbindung mit dem Fall. Nachdem der amerikanische FBI auf eine heiße Spur gekommen war, verhaftete die Regierung in Taiwan zunächst zwei Täter und dann auch drei hochrangige Offiziere einschließlich des Direktors des militärischen Geheimdienstes, Vize-Admiral Wang Xiling, die den Befehl für den Mord gegeben hatten. Dieser und die zwei Täter, Chen Qili und Wu Dun, die lebenslängliche Freiheitsstrafen bekamen, sitzen z.Zt. immer noch in Haft.

Darüber hinaus hat die Witwe von Jiang Nan, Cui Rongzhi, 1985 vor dem zivilen Gericht der USA Entschädigungsklage gegen die Regierung in Taiwan erhoben. Taipei lehnte dies zunächst mit der Begründung ab, daß Vize-Admiral Wang Xiling aus persönlicher Rache das Attentat inszeniert habe und die Regierung dafür nicht verantwortlich sei. Nach sechs Jahre andauerndem Prozeß in zwei Instanzen haben beide Seiten Ende September 1990 einen Vergleich außerhalb des Gerichts geschlossen. Die Klägerin erhielt von der Regierung 1,45 Mio. US\$ Schmerzensgeld und zog die Klage zurück. (Xinxinwen, Taipei, No.192, 12.-18.11.90, S.60 ff.) Zwar wurde in dem Vergleich betont, daß die Zahlung von Schmerzensgeld kein Schuldgeständnis bedeute, doch, wie Außenminister Qian Fu (Fredrick F.

Chien) vor dem Außenpolitischen Ausschuß des Gesetzgebungs Yuan erklärte, hat die Regierung dem Vergleich deshalb zugestimmt, weil ihr eine Prozeßniederlage so gut wie unvermeidlich schien. Qian sagte, daß die Witwe Jiang Nans bei der Regierung um den Vergleich gebeten habe. Dies wurde aber von Cui Rongzhi entschieden zurückgewiesen. (LHB, 6.-7.11.90)

Bei der Sun Liren-Affäre handelt es sich um einen noch größeren Skandal des Geheimdienstes oder der Regierung selbst. Ebenfalls wie berichtet (Yu-Hsi Nieh, "Welle von Rehabilitationsforderungen in Taiwan. Zur Aussetzung des Hausarrests von Genral Sun Liren", in C.a. Mai 1988, S.407 ff.) wurde General Sun Liren, ehemaliger Oberbefehlshaber der Landstreitkräfte (1950-1954), 1955 im Amt des persönlichen Stabschefs des Präsidenten (Canjunzhang) unter dem Verdacht, einen angeblichen Putschplan seiner Anhänger in der Armee unterstützt zu haben, verhaftet und lebte 33 Jahre lang unter Hausarrest. Erst am 20. März 1988, kurz nach dem Tod von Jiang Jingguo, wurde er freigelassen. Am 19.November 1990 verstarb er im Alter von 91 Jahren. (Dazu s. C.a. November 1990, Ü 44, S.834 f.) Am 2.Dezember packte ein Ex-Geheimdienstler, Gu Zhengwen, öffentlich auf einem historischen Symposium in Taipei das überraschende Geheimnis aus, daß die sogenannte Rebellion von Suns Anhängern in der Armee eine Erfindung unter der Leitung des damaligen Hauptquartiers der Sicherheitstruppen der Provinz Taiwan gewesen sei. Gu war seinerzeit Leiter der Ermittlungsgruppe des Geheimdienstbüros des Verteidigungsministeriums und hatte seit 1950 auch die Aufgabe, General Sun Liren zu überwachen. (LHB, 3.12.90)

Eine andere bedeutende Person in der Sun Liren-Affäre, Guo Tingliang, der damals angeblich Agent der chinesischen Kommunisten und Rebellionsführer war, schwor auf dem Symposium, daß er wie General Sun Liren unschuldig sei. Guo wurde am 29.September 1956 zum Tode verurteilt; das Urteil wurde allerdings noch am gleichen Tag auf Anweisung von Präsident Jiang Jieshi in lebenslängliche Haft geändert. 1975 wurde er dank einer Amnestie nach Jiang Jieshis Tod aus dem Gefängnis entlassen. Aber er mußte